

DER US JUSTIZ-IMPERIALISMUS

Wer die Macht hat, hat das Recht - "might ist right":

1. Worum geht es?

Seit Ende des Kalten Krieges haben die Vereinigten Staaten von Amerika die politische, wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft in der Welt und sie wollen diese auch behalten. Nach dem Sieg im Ersten Golfkrieg erklärte der damalige amerikanische Präsident George Bush (Vater) eine „neue Weltordnung“ sei entstanden. Man sprach von einem „unipolare moment“, also von der einmaligen Chance, die Welt alleine führen zu können; also alleine zu entscheiden, wann und wo militärische Gewalt eingesetzt werden kann.

In einer „Defence Planning Guidance“ wurde dann schon 1992 festgelegt, dass es die politische und militärische Mission der USA ist zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt eine Militärmacht entsteht, die den amerikanischen Führungsanspruch infrage stellen könnte. In Fortführung dieser Logik hieß es dann in der „National Security Strategy“ vom September 2002, dass die USA im Kampf gegen den Terror nicht zögern, „alleine und vorbeugend“ vorzugehen. Damit wurden Präventivkriege ein offizieller Teil der amerikanischen Militärstrategie. Das waren nicht nur theoretische Überlegungen. Seither sind die USA in einem Dutzend von Kriegen involviert, die Millionen von Menschen das Leben und viele Milliarden Dollar gekostet haben.

Dass das, was in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ festgelegt wurde, nicht bloß leere Worte waren, zeigte sich, als die USA im März 2003 ohne Mandat der UNO und gegen den Willen europäischer Verbündeter wie Deutschland und Frankreich in den Irak einmarschierten. Die offizielle Begründung war, die Massenvernichtungswaffen des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, also Atom-, biologische und chemische Waffen, zu zerstören. Diese wären, so wurde argumentiert eine Gefahr für Amerika, ja für die Sicherheit der ganzen Welt. Dies insbesondere auch deshalb, weil Saddam Hussein eine Verbindung zu terroristischen Gruppen unterstellt wurde.

Die Massenvernichtungswaffen wurden nie gefunden; die behauptete Verbindung zu terroristischen Gruppen stellte sich als Fiktion heraus. Tatsächlich wurde durch die amerikanische Invasion die ganze Region destabilisiert, Hunderttausende Iraker wurden getötet; Millionen flüchteten, vor allem nach Europa.

Dessen ungeachtet halten die USA am Recht, Präventivkriege zu führen, fest; und auch daran, dass sie alleine bzw. mit einer „Koalition der Willigen“ in einen Krieg eintreten können. Und eines zeigte sich auch: während Kriegsherren aus Afrika oder aus dem Balkan vor internationale Gerichte gestellt werden, ist es denkunmöglich, jene amerikanischen Entscheidungsträger, die die Entscheidung zu einem Krieg getroffen haben, zur Verantwortung zu ziehen.

Da Kriege, je länger sie dauern, immer teurer und unpopulärer werden, wurden die verschiedensten Formen von ergänzenden Strategien, also Ersatzkriege, erfunden, wie „humanitäre Interventionen“; Regime-change; Nation-building; Wirtschaft- Kriege und Propaganda- Kriege; und eben auch der Justiz- Imperialismus.

1.1. Das Wesen des Justiz- Imperialismus

Das Wesen des Justiz- Imperialismus besteht darin, dass das „Recht“ als Waffe eingesetzt wird; dass man versucht, eine Übermacht rechtlich zu legitimieren; dass man unter dem Vorwand „Recht“ durchzusetzen, reine Machtpolitik betreibt, um Konkurrenten auszuschalten.

Ganz neu ist ja diese Vorgangsweise nicht: als zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Portugiesen den Holländern den Zugang zum indischen Ozean verwehren wollten, schrieb Hugo Grotius eine Abhandlung über die Freiheit der Meere („mare liberum“), worin er begründete, dass gemäß dem Völkerrecht die freie Schifffahrt allen Ländern offen steht.

Hat aber Hugo Grotius seine Schlussfolgerungen mit dem Völkerrecht begründet, so führen die USA heute „Lawfare“ oft gegen das Völkerrecht und nur gestützt auf amerikanische Vorschriften. Dabei gibt es große Kenner der USA, die sagen, in diesem Land gibt es gar kein „objektives Recht“. Es gewinnt immer der, der den besseren bzw.

teureren Rechtsanwalt hat. So hat es jedenfalls ein österreichischer Botschafter in Washington in einem Grundsatzbericht festgehalten.

Fest steht auch, dass die USA in weiten Bereichen den europäischen Vorstellung eines Rechtsstaates nicht gerecht werden und damit nie ein Mitglied des Europarates werden könnten, der von seinen Mitgliedern ein klares Bekenntnis zu den Grundwerten Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verlangt. Das amerikanische Recht wird immer wieder höchst politisch ausgelegt: nicht nur, dass Richter und Staatsanwälte nach politischen Kriterien gewählt und bestellt werden; die US-Verfassung wird je nach politischen Mehrheiten höchst unterschiedlich interpretiert. So war die Sklaverei in den USA lange Zeit erlaubt, dann verboten; ähnlich die Todesstrafe; die Abtreibung oder die Rassen- Segregation. Die Bestellung der Richter zum Obersten Gerichtshof ist eine höchst politische Angelegenheit. Dazu kommt noch, so der Bericht des österreichischen Botschafters, eine „Frontier Mentalität“, wonach man eben das Recht selbst in die Hand nimmt.

In diesem Sinne setzen die USA ihr „Recht“ weltweit als Waffe ein; missachten die Souveränität anderer Staaten, ob Freund oder Feind; und sind selber in keiner Weise bereit, eine internationale Gerichtsbarkeit anzuerkennen. Es geht darum, die eigenen Interessen zu schützen und die Konkurrenz, wenn möglich, auszuschalten. Wer sich amerikanischen Interessen widersetzt ist automatisch ein „Aggressor“ oder „Gesetzesbrecher“, der verfolgt werden muss. Der Vorwand, „den Terror“ und „die Korruption“ weltweit zu bekämpfen, haben dieser Haltung viele neue machtpolitische Möglichkeiten eröffnet.

1.2. Amerika- das auserwählte Volk

Ein ganz entscheidender Wesenszug der amerikanischen Politik ist der Glaube an den „american exceptionalism“. Demnach ist Amerika eine auserwählte Nation, dazu bestimmt, die Welt zu führen und zu regieren. Diese Überzeugung war schon tief verwurzelt im Denken der Gründungsväter und ist begründet im puritanischen, calvinistischen Denken. George W. Bush war nicht der erste, der von der „Achse des Bösen“ sprach. Schon Oliver Cromwell erklärte 1656 den Kampf gegen die „Achse des Bösen“ zu einer entscheidenden Aufgabe Englands und stellte dabei fest: der Kampf

für Gott ist deckungsgleich mit dem für englische Interessen. Die Feinde damals waren der Papst in Rom, die Habsburger und die Katholiken schlechthin.

In diesem Sinne beanspruchen die USA auch heute das Recht, allen vorzuschreiben, was sie tun müssen; ohne sich selbst binden zu wollen: ihre nationalen Interessen haben immer Vorrang; und es gibt eine lange Liste von internationalen Verträgen, die von den Vereinigten Staaten nie ratifiziert wurden: so etwa die Wiener Vertragsrechts-Konvention; der Atomwaffen- Sperrvertrag; die Konvention betreffend die Diskriminierung von Frauen; die Konvention betreffend die Rechte von Kindern und das Kyoto- Protokoll sind nur einige Beispiele. Gegen manche internationale Verträge, wie jenen betreffend die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes, sind die USA sogar Sturm gelaufen. Darin kommt der Unwille Amerikas zum Ausdruck, internationales Recht bzw. internationale Gerichtsbarkeit anzuerkennen; während man gleichzeitig den anderen das eigene Recht, also die eigenen Interessen, aufzwingen will.

Nach dem eigenen Selbstverständnis sind die USA das Land, das die Mission hat, Gutes zu tun; „die eigenen Werte auf der ganzen Welt zu verbreiten“ (Henry Kissinger). Wo auch immer die USA einmarschieren, machen sie es, „um anderen zu helfen“; sie kommen immer als Befreier. Wenn man keinen Feind hat, müssen welche erfunden werden; denn „das Gute“ kann ja nur entsprechend in Erscheinung treten, wenn es auch „das Böse“ gibt. In diesem Sinne sprach Präsident Barack Obama im Mai 2011 zu Soldaten in Fort Campbell: „We are still the America that does the great things“.

Wer sich nur im Geringsten amerikanischen Interessen widersetzt, wird beschuldigt, eine „neue Weltordnung“ anzustreben. Aber da nicht mehr alle Amerikaner gewillt sind, sich in „endless wars“ zu engagieren, wird zunehmend die amerikanische Justiz als Waffe eingesetzt. Und so, wie nach dem 11. September 2001 die neuen Gesetze dazu benutzt wurden, um überall einzumarschieren, um gegen den Terror zu kämpfen; so benutzt man jetzt die verschiedensten „Gesetze gegen die Korruption“, um Konkurrenten auszuschalten. Dieser Einsatz der amerikanischen Justiz hat sehr wenig damit zu tun, Recht zu sprechen, es geht vielmehr darum, politischen und wirtschaftlichen amerikanischen Interessen zum Durchbruch zu verhelfen.

1.3. Das Recht als Waffe

Das Ende des Kalten Krieges bedeutete für uns in Europa das Ende einer weltpolitischen Auseinandersetzung. Die europäische Einigung bekam neue Impulse; Europarat und Europäische Union nahmen auch die früher kommunistischen Länder auf.

Für die USA jedoch bedeutete der Sieg im Kalten Krieg nicht das Ende einer Auseinandersetzung, sondern einen neuen Auftrag: wenn der Fall des Eisernen Vorhangs noch nicht das Ende der Geschichte war, wie Francis Fukuyama geglaubt hat, dann müsse man eben alles tun, um den Rest der Welt ins „amerikanische Imperium“ einzugliedern, und zwar nicht als Partner, sondern als Vasallen.

In diesem Sinne wurde der amerikanische Einfluss alleine in Europa seither zusätzlich um 150 Millionen km² mit über 100 Millionen Menschen ausgedehnt. Selbst gegen den ursprünglichen Widerstand der Europäer bestand Washington darauf, dass auch Georgien und vor allem die Ukraine in die westliche Einflussosphäre einbezogen wurden. So äußerte sich die stellvertretende amerikanische Außenministerin Victoria Nuland schon 2014 dahingehend, dass die USA 5000 Millionen Dollar ausgegeben haben, um Einfluss in der Ukraine zu gewinnen; das müsse sich schließlich auszahlen. Und da die „endlosen Kriege“ nicht den erhofften Erfolg gebracht haben, wurde das „Recht“ zunehmend als Waffe gegen Staaten, Konzerne und Personen eingesetzt, wobei bei den 15 000 Sanktionen, die dabei verhängt wurden, übergreifende Zusammenhänge bestehen.

a.) Das „Recht“ als Waffe gegen Staaten

Die USA haben gegen eine ganze Reihe von Staaten Sanktionen verhängt, wollen diese politisch isolieren, wirtschaftlich schädigen, oder beides. Russland und seinen Präsidenten Wladimir Putin wird vorgeworfen, er wolle die alte Macht der Sowjetunion wiederherstellen. Im Iran will man einen „Regime-change“ erreichen, weil sich die derzeitige Regierung bei Konflikten im Nahen Osten gegen Verbündete der USA stellt. Nordkorea soll gezwungen werden, seine Atomwaffen aufzugeben; und auch in Kuba will man seit Jahrzehnten den Sturz des Regimes erreichen. China wiederum soll am weiteren wirtschaftlichen Aufstieg gehindert werden.

Tatsächlich war Außenpolitik 1000 Jahre lang Machtpolitik und in diesem Sinne kann man durchaus argumentieren, dass die stärkste Macht der Welt die Möglichkeit haben kann, eine derartige Strategie zu verfolgen. Nur eines kann man nicht: man kann nicht sagen, die USA hätten das Recht, gegen all diese Länder, die politische oder wirtschaftliche Konkurrenten sind, machtpolitisch vorzugehen. Viele der Sanktionen wurden ohne völkerrechtliche Grundlage, ja gegen das Völkerrecht verhängt. Es geht darum, dass Amerika seine Vormachtstellung, die es seit dem Zweiten Weltkrieg hatte und nach dem Kalten Krieg ausgebaut hat, behalten will, wie es in den verschiedenen Strategiepapieren festgelegt wurde. Dabei wird auch immer wieder die besondere Machtposition ausgespielt, die die USA durch den Dollar und auf den Finanzmärkten haben. So hat Washington immer wieder SWIFT (Society for World wide interbank financial Telecommunication) selbst gegen den Willen der Europäer missbraucht.

SWIFT ist eine Art Kurierdienst für die internationale Finanzwelt. Diese Institution sorgt dafür, dass das Geld um den Globus zirkulieren kann. Fast 11 000 Banken in über 200 Ländern sind in dieses System eingebunden. Jährlich werden 7 Milliarden Transaktionen abgewickelt.

2015 wurde mit dem Iran in Internationales Nuklearabkommen abgeschlossen. Obwohl sich der Iran genau daran gehalten hat, haben sich die USA einseitig davon zurückgezogen und verlangen, dass Teheran von SWIFT ausgeschlossen wird; ein Todesstoß für die iranische Wirtschaft; eine machtpolitische Maßnahme, die gegen das Völkerrecht verstößt.

Gegen Russland wurde eine Sanktionsspirale in Gang gesetzt, die sich immer weiter dreht, die Wirtschaft und Währung trifft, aber vor allem auch politische Ziele verfolgt. Schon Präsident Barack Obama hat 2014 Dekrete gegen russische Bürger erlassen, denen vorgeworfen wurde, sie hätten sich in das politische Geschehen in der Ukraine eingemischt; Auslandskonten wurden gesperrt und Einreiseverbote erlassen. Außerdem wurde ein allgemeines Import- und Investitionsverbot für die Krim- Halbinsel erlassen. Es folgten weitere Sanktionen gegen Putin- Vertraute; gegen Rüstungsfirmen und Banken. Die Kreditvergabe, die amerikanische Exporte nach Russland fördern sollte, wurde ebenso eingestellt wie Entwicklungsprojekte. Im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl 2016 und dem Vorwurf, Donald Trump sei

nicht legitim zum Präsidenten gewählt, sondern von „ Putin eingesetzt“ worden, entwickelte sich in Washington eine Anti- Russland- Hysterie, die kaum mehr Grenzen kennt.

Sanktionen werden im Wirtschaftskrieg gegen China genauso verhängt wie bei den handelspolitischen Auseinandersetzungen mit der Europäischen Union; gegen Länder wie Venezuela oder den Sudan. Immer wieder nannte Washington „Rechtsverletzungen“ der Betroffenen als Grund für verhängte Strafen; dabei ging es immer nur um eines: es ging nicht um Recht, sondern um Macht.

b.) Das Recht als Waffe gegen Konzerne und Projekte

Amerikanische Sanktionen werden vor allem gegen jene Länder, Konzerne und deren Projekte verhängt, die die wichtigsten Akteure im neuen Kalten Krieg sind. Die Ukraine sollte mit allen Mitteln unter amerikanischen Einfluss gebracht werden, was wiederum voraussetzte, dass Russland entsprechend geschwächt wird. Wie dabei vorgegangen wird, zeigt der Kampf um den Bau der Gas-Pipeline Nord Stream2, den Washington mit allen Mitteln verhindern wollte. Dass sich dabei die im US- Kongress sonst sehr zerstrittenen politischen Parteien einig waren zeigt, dass es sich hier tatsächlich um ein „nationales Interesse“ der USA handelt.

Russland und Deutschland haben den Bau dieser Pipeline beschlossen, um bei der Energieversorgung nicht mehr von dritten Staaten, also vor allem von der Ukraine, abhängig zu sein. Der US- Botschafter in Berlin hat immer wieder mit massiven Sanktionen gegen jene Konzerne gedroht, die sich am Bau vom Nord Stream2 beteiligten, um, wie er sagte, „negative Auswirkungen auf die Energieversorgung der Europäischen Union zu verhindern“. Tatsächlich geht es den USA darum, Russland zu schwächen und Deutschland abhängiger zu machen. Über die Ukraine, durch die zur Zeit ein Drittel der russischen Gas- Exporte nach Europa laufen, soll weiter jederzeit Druck auf europäische Länder ausgeübt werden können. Den USA geht es auch darum, das eigene, wesentlich teurere Flüssiggas am alten Kontinent absetzen zu können.

Dabei kommt die amerikanische „Rechtsauffassung“ schon in der Sprache sehr deutlich zum Ausdruck: Nord Stream2 wird als Teil einer „russischen Aggression“

dargestellt; das Projekt zu verhindern sei eine Frage der „nationalen Sicherheit“ der USA; und die Vorherrschaft Russlands im Energiebereich soll im Sinne der „Sicherheit Europas“ gebrochen werden.

Wie wirksam bei den dann tatsächlich verhängten Sanktionen „Recht als Waffe“ eingesetzt werden konnte, zeigte sich daran, dass sich jene schweizer Firma, die die Rohre verlegte, gleich aus dem Geschäft zurückzog, womit der Bau jedenfalls erheblich verzögert, wenn schon nicht abgebrochen wurde.

Bei früheren Kriegen wurde in großen Schlachten entschieden, wer als Sieger hervorgeht. Bei den Wirtschaftskriegen von heute geht es darum, welcher Seite es gelingt, Unternehmen und große Konzerne des Gegners auszuschalten. Als die USA schon vor Jahren deutsche, schweizerische und japanische Banken mit Milliarden Dollar Strafen belegten, sprach der damalige schweizerische Botschafter in Washington davon, dass hier unter dem Vorwand, Recht zu suchen, ein Wirtschaftskrieg geführt wird. Das hat ihm zwar seinen Posten gekostet, aber er hatte recht.

Ein Musterbeispiel, wie von amerikanischer Seite versucht wird, mithilfe der Justiz die gegnerische Konkurrenz auszuschalten, zeigt die Vorgangsweise gegen den chinesischen Netzwerkausrüster Huawei. Man wirft den Chinesen Spionage vor und beruft sich auf den „National Defense Authorization Act“, wonach es den amerikanischen Behörden und ihren Zulieferern untersagt ist, mit Huawei Verträge abzuschließen. Gleichzeitig werden Regierungen in Europa und auf der ganzen Welt massiv bedrängt, Huawei nicht am Aufbau des neuen 5G- Mobilfunknetzes zu beteiligen.

Der US- Kongress tritt dabei als Gesetzgeber und Richter gleichzeitig auf; verfolgt alle, die dem amerikanischen Beispiel nicht folgen, obwohl von amerikanischer Seite keinerlei Beweise vorgelegt werden konnten. Um Auseinandersetzungen, bei denen es um sehr viel Macht und um enorme Geldbeträge geht, doch den Schein eines Rechtsstreites zu geben, wurde Huawei jetzt sogar zur „kriminellen Organisation“ erklärt. Aber: wie viel Täuschung verträgt die Welt?

Dass rechtliche Gründe immer wieder nur ein Vorwand sind, wenn die USA machtpolitische und wirtschaftspolitische Ziele verfolgen, zeigt auch die Übernahme des Kernsektors des französischen Paradekonzerns Alstom durch General Electric. Alstom war eine Schlüsselindustrie in Frankreich, da es von den Atomraketen bis zu Atom U- Booten für diese alle relevanten Teile erzeugte. Ein guter Grund für General Electric, diesen Teil des Konzerns übernehmen zu wollen.

Als sich die Franzosen weigerten, fanden die Amerikaner schnell einen Korruptionsfall, um gegen Alstom vorgehen zu können, natürlich vor einem amerikanischen Gericht. Es wurde eine Strafe in der Höhe von \$ 772 Millionen verhängt und so lange prozessiert, bis man in Frankreich bereit war, den Betrieb „zu verkaufen“. Das französische Parlament hat einen Untersuchungsausschuss eingesetzt; ein leitender Angestellter von Alstom hat ein Buch mit dem Titel „Wie Amerikaner Fallen Stellen“ geschrieben; aber die feindliche Übernahme konnte nicht mehr verhindert werden. Eines jedoch wurde den Franzosen klar: wenn die Amerikaner von „Recht“ sprechen, meinen sie nicht objektives Recht, sondern amerikanische Interessen, die mit allen Mitteln durchgesetzt werden sollten.

c.) Das Recht als Waffe gegen Personen

Wenn die USA gegen Konkurrenten vorgehen, scheuen sie auch nicht davor zurück, Druck auf leitende Exponenten auszuüben. Der erwähnte Autor des Buches über die Übernahme von Alstom, Frederic Pierucci, wurde wegen Korruption in Indonesien eingesperrt; die Finanzchefin von Huawei wurde am Flughafen von Vancouver bei einem Transit von kanadischen Behörden im Auftrag der USA verhaftet. Dabei hatte sie weder chinesisches noch kanadisches Recht verletzt. Der Vorwurf war, Huawei hätte gegen die von den USA gegen den Iran verhängten Sanktionen verstoßen.

Sowohl bei Alstom als auch bei Huawei ging es bzw. geht es darum, einen wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten. Dabei genügen wirtschaftliche Gründe, um die US- Lawfare - Maschine voll in Gang zu setzen. Umso brutaler gehen die USA vor, wenn zu den wirtschaftlichen Interessen noch eine politische Komponente kommt, wie das bei Dmitry Firtash der Fall ist.

Geopolitisch geht es für die Vereinigten Staaten darum, dass die Ukraine aus der Interessensphäre Russlands herausgelöst und in den Machtbereich Amerikas eingegliedert wird. Da geht es um Erdöl und um Erdgas; um die Abhängigkeit Europas davon; und natürlich darum, dass sich einflussreiche Amerikaner in der Ukraine bereits Schlüsselpositionen gesichert haben, wie etwa der Sohn des früheren Vizepräsidenten, Hunter Biden. Dass die Ukraine im Amtsenthebungs- Verfahren gegen Präsident Trump eine zentrale Rolle spielte zeigt, von welcher enormen politischen Bedeutung das Land für die USA heute ist.

Nun gibt es wenige Persönlichkeiten in der Ukraine, die sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik so engagiert sind wie Dmitry Firtash; und das auf der Seite Russlands, eine für die USA untragbare Situation. Dmitry Firtash hat wesentlichen Einfluss auf den Gashandel zwischen Russland und der Ukraine, seit er 2004 ein Joint Venture mit Gazprom gebildet hat; und er hat eine entscheidende Stellung im Titan-Bereich, ein für den zivilen und militärischen Flugzeugbau wichtiges Rohmaterial. Immerhin besitzt die Ukraine 20 % der Titan- Weltreserven.

Schon alleine seine wirtschaftliche Position macht Firtash so mächtig, dass die USA alles daransetzen, ihn auszuschalten. Dass er in einem Land, das sie beherrschen wollen, nicht die amerikanischen, sondern die Interessen des strategischen Gegners vertritt, ist für Washington eine unannehmbare Situation. So wie die Exponenten von Alstom und Huawei, bei denen schon wirtschaftliche Gründe genügten, sollte auch Firtash unter amerikanisches Gewahrsam genommen werden.

Mit welcher Vehemenz die US- Justiz als Waffe eingesetzt wird, zeigt auch das Vorgehen gegen Julian Assange, den Begründer von WikiLeaks. Nun ist es nichts Besonderes, dass jemand, dem vorgeworfen wird, militärische Geheimnisse verraten zu haben, von der Justiz des betroffenen Landes verfolgt wird. Was aber gerade im Falle von Julian Assange wieder sehr deutlich wird, ist das Zusammenspiel der verschiedensten Machtapparate in Washington.

Schon bei den gegen Assange in Schweden erhobenen Vorwürfe ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass US- Geheimdienste mit im Spiel waren. Es stellte sich nämlich heraus, dass er schon vorher von einer Mitarbeiterin, die für das FBI

arbeitete, ausspioniert wurde. Nach seiner Flucht nach England hat die US- Botschaft in London massiven Druck ausgeübt, um seine Auslieferung in die USA zu erreichen. Und Ecuador wurde unter starken politischen und wirtschaftlichen Druck gesetzt, um das Asyl von Assange in der Botschaft in London zu beenden. Auch dort stellte sich heraus, dass der US Geheimdienst CIA im ganzen Gebäude Überwachungsgeräte installiert hatte. Ein weiteres Druckmittel waren verschiedene amerikanische Medien, die eine exemplarische Bestrafung des „Hochverrätters Assange“ verlangten.

2. Warum ist die US- Justiz so mächtig?

Die US- Justiz ist so mächtig, weil sie in Verbindung mit dem gesamten US- Machtapparat agiert; der weltweit eingesetzt wird; und das vor allem auch in Zusammenarbeit mit den amerikanischen Geheimdiensten.

2.1. Die US- Justiz, ein integraler Teil des gesamten Machtapparates

Die US- Justiz agiert nicht isoliert. Wenn ein US- Richter oder gar das Justizministerium gegen einen Staat, einen ausländischen Konzern oder gegen den Bürger eines anderen Staates vorgehen, dann wird diese Vorgangsweise zunächst einmal vom außenpolitischen Apparat der USA unterstützt. Die Botschaften intervenieren ständig und massiv, wie es etwa der amerikanische Botschafter in Berlin ständig vorzeigt. Dass dabei total einseitig vorgegangen wird, zeigt der jüngste Konflikt zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich betreffend die Auslieferung von Anne Sacoolas. Sie ist Gattin eines amerikanischen Diplomaten, der es gelang, sich nach Amerika abzusetzen, nachdem sie in London einen tödlichen Verkehrsunfall verursacht hatte. Die USA verweigern ihre Auslieferung nach Großbritannien. Selbst die mit Amerika so eng verbündeten Briten regen sich darüber auf, dass das bestehende Auslieferungsabkommen von Washington einfach nicht eingehalten wird.

Es geht einmal darum, dass die US- Justiz im Ausland nicht isoliert arbeitet, sondern vom State Department unterstützt wird; genauso wie von anderen Ministerien, wobei auch die wirtschaftliche Macht der USA eingesetzt wird. Die Unzahl von Sanktionen, die rund um die Welt verhängt wurden, sind dafür das beste Beispiel.

Und letztlich spielt auch die militärische Macht der USA bei der Frage, warum die US- Justiz so mächtig ist, eine Rolle. Denn viele Europäer zögern sehr, sich mit den USA

auf einen Streit einzulassen, ist Amerika doch die Macht, so wird argumentiert, die ihren „atomaren Schutzschirm“ über uns hält.

2.2. Die ganze Welt muss sich unterwerfen

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind, wie oben dargelegt, ein Land mit einer Mission, dazu berufen, auf der ganzen Welt die eigenen Werte, und damit auch die eigenen Interessen, durchzusetzen. Dazu dient insbesondere die extraterritoriale Anwendung von US- Recht auf natürliche und juristische Personen in anderen Ländern. Dieser Eingriff in die Souveränität anderer Staaten wird in Washington seit jeher als ein naturgegebenes, unveräußerliches Recht Amerikas erachtet.

Ging es bei der extraterritorialen Anwendung von US- Recht zunächst vor allem um Schadenersatz- Forderungen, so wurde der Bereich dann ausgeweitet auf verschiedene Fragen der Umwelt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Heute geht es um alle Fragen der amerikanischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, also vor allem um Macht. Es geht darum, in anderen Ländern die eigene Politik durchzusetzen.

Dabei kann sich die US- Justiz auf eine Reihe von US- Gesetzen und Verordnungen berufen, die durchgesetzt werden sollten, wie der „Trading with the Enemy Act“; den „International Emergency Economic Powers Act“; oder den „Arms Export Control Act“. In den letzten Jahren werden dabei immer häufiger zwei Tatbestände angeführt, die ein amerikanisches Eingreifen rechtfertigen sollten: der Kampf gegen Korruption; und der Kampf gegen den Terrorismus.

Beim Kampf gegen die Korruption beruft man sich gerne auf den „Foreign Corrupt Practices Act“. Dabei genügt der US- Justiz eine angebliche Zahlung in Dollar; der Versand von E-Mails über einen Server, der in den USA steht; oder die Verletzung irgendeines amerikanischen Gesetzes, um einzugreifen.

Nun kann man argumentieren: auch wenn die Zuständigkeit der US- Justiz weit hergeholt ist, ist es nicht besser, die USA bekämpfen die Korruption in der Welt, als gar niemand? Nur: es geht bei all diesen Fällen nicht um Recht, sondern um Macht. Und wie kann es sein, dass gerade die USA ihr Recht international durchsetzen wollen, die selbst wichtigste internationale Verträge nicht anerkennen und Abkommen, die im

Rahmen von internationalen Organisationen abgeschlossen werden, nicht akzeptieren.

Dass es um Macht geht, zeigt die Höhe der Strafen, die gegen ausländische Konkurrenten verhängt werden. Das sind keine Bußgelder; da geht es darum, ausländische Konkurrenten zu zerstören: \$ 8,9 Milliarden musste die französische Bank BNP -Parisbas bezahlen, der vorgeworfen wurde, den Handel mit Kuba, dem Iran und dem Sudan erleichtert zu haben. Die Deutsche Bank erhielt eine Strafe in Milliarden Dollar Höhe, weil sie angeblich Russen bei der Geldwäsche geholfen hat; und Siemens und Alstom mussten ebenfalls Milliarden Dollar bezahlen.

Es sind immer wieder amerikanische Gesetze, wie der Helms-Burton Act oder der D'Amato-Kennedy Act, auf die sich die amerikanische Justiz stützt, wenn sie gegen ausländische Unternehmen vorgeht. Wenn ein Land, das selber den Internationalen Straf- Gerichtshof nicht anerkennt, das Gesetz in die eigene Hand nimmt, erinnert dies mehr an den Wilden Westen, als an ein Bestreben, objektives Recht durchzusetzen.

2.3. Die ganze Welt wird ausspioniert

So wie der „Kampf gegen die Korruption“ dazu dient, die internationale Konkurrenz auszuschalten, so dient der „Kampf gegen den Terror“ dazu, die ganze Welt auszuspionieren. Es war entscheidend, dass der riesige Spionage- Apparat, der im Kalten Krieg im Kampf gegen den Kommunismus aufgebaut worden war, nach dessen Ende weitgehend in die Wirtschaftsspionage übergeführt wurde. Horchposten und Spionage- Satelliten erhielten eine wirtschaftspolitische Orientierung.

Nach einem Bericht der Washington Post beträgt das Budget aller Nachrichtendienste der USA zusammen \$ 52,6 Milliarden Dollar. (Zum Vergleich dazu: die Ausgaben im gesamten österreichischen Bundesbudget lagen 2019 bei € 96,5 Milliarden). Die USA haben einen Spionage- Apparat aufgebaut, den man schon als „Staat im Staat“ bezeichnen kann. 850 000 Amerikaner arbeiten aufgrund von Sicherheitsüberprüfungen; 45 Regierungsstellen sind mit „top-secret“ Tätigkeiten beschäftigt; alleine im Raume Washingtons gibt es 33 “top- secret“ Regierungsgebäude. Und was genauso wesentlich ist: nach den Terroranschlägen

vom 11. September 2001 wurden die Abhör- Einschränkungen, die es vorher noch gab, aufgehoben.

Von Edward Snowden, dem früheren Mitarbeiter der National Security Agency (NSA), wissen wir, dass alleine dieser Geheimdienst Informationen aus der ganzen Welt sammelt. So wurde bekannt, dass die NSA Abhörgeräte selbst in den EU- Gebäuden in Washington, New York und Brüssel installiert hatte; dass das Mobiltelefon von Angela Merkel und anderer, auch befreundeter Regierungschefs, abgehört wurden; dass in Österreich und Deutschland die Ziele der Spionage die Außenpolitik, die wirtschaftliche Entwicklung, die Finanzwirtschaft, Waffenexporte, neue Technologien und der internationale Handel sind.

Täglich werden Millionen von Telefongesprächen abgehört und Millionen von E-Mails analysiert. Offiziell geschieht das alles „im Kampf gegen den Terror“. Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen der US-Regierung mit Microsoft und anderen Großkonzernen, also genau das, was man dem chinesischen Unternehmen Huawei vorwirft.

Schon im November 2018 hat die französische Zeitung „Le Figaro“, offensichtlich aufgrund von Unterlagen des französischen Geheimdienstes, einen Artikel zum Thema „Wie die USA unsere Betriebe ausspionieren“ veröffentlicht. Darin heißt es, dass es den Amerikanern darum geht, die Exportmärkte zu erobern; dass alles getan wird, um amerikanische Wirtschaftsinteressen zu fördern. Der französische Geheimdienst hat auch offen dargelegt, dass amerikanisches Recht eingesetzt wird, um französische Betriebe zu destabilisieren, nachdem man vorher ihre wichtigsten Daten ausspioniert hatte.

Insgesamt geht es darum: die USA führen einen globalen Wirtschaftskrieg; nicht nur einen gegen China. Die US- Justiz ist dabei ein ganz wesentlicher Teil. Sie wird gegen Freund und Feind eingesetzt; dass dabei Exponenten jener Länder, die als primäres Kampfgebiet gelten, wie die Ukraine, als erste und am meisten betroffen sind, liegt auf der Hand.

3. Was tun?

Um gegen den US- Justiz -Imperialismus entsprechend auftreten zu können, muss man zunächst wissen, worum es geht: nämlich um Macht, nicht um Recht. Darüber hinaus wäre es zielführend, wenn Europa seine eigenen Interessen erkennen und verfolgen könnte.

3.1. Die notwendige Bewusstseinsbildung

Um gegen den US- Justiz- Imperialismus entsprechend auftreten zu können, muss man erkennen, dass dieser neben der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht des Landes eine weitere Waffe ist, die im neuen Kalten Krieg eingesetzt wird. Wie sehr die einzelnen „Waffengattungen“ miteinander verbunden sind, wurde gerade jetzt wieder deutlich sichtbar, als der amerikanische Botschafter in Berlin, Richard Grenell, zum Koordinator aller US- Geheimdienste ernannt wurde.

Zunächst geht es einmal darum, den Nebelschleier der anglo- sächsischen Rhetorik zu durchdringen, wo immer nur vom „ Kampf für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit“ die Rede ist. Diese Rhetorik hat eine lange Tradition. Als England im Spanischen Erbfolgekrieg, bei dem es das Monopol über den transatlantischen Sklavenhandel erhielt, als Sieger hervorging, erklärte der Herzog von Malborough: „We did it for the Liberty of Europe“. Die Politik von Präsident Woodrow Wilson wird auch heute noch als Modell des Idealismus angeführt, weil er erklärte, Amerika trete in den Weltkrieg ein, „um die Demokratie zu retten“ und um „ alle Kriege ein für alle Mal zu beenden“. Tatsächlich schickte er die amerikanischen Truppen, entgegen seinem Wahlversprechen, nach Europa, um die amerikanischen Kriegskredite zu retten.

Heute geben die USA jährlich Milliarden Dollar für „Democracy Promotion“ aus. Darunter fallen wohl auch jene Ausgaben, die etwa bei dem Auslieferungsbegehren für entsprechende Meinungsbildung eingesetzt werden.

Auch wenn immer wieder die „gemeinsamen transatlantischen Werte“ beschworen werden, muss man solche Aussagen sehr relativieren. Amerikaner sind anders, sonst hätten sie ja von vornherein Europa nicht verlassen. Heute haben sie eine andere Haltung zum Krieg; zum Wohlfahrtsstaat; und auch zum Recht. Bei uns sind viele der

braven Jünger der „reinen Rechtslehre“ davon überzeugt, ein abstrakter Gesetzgeber würde objektiv gültige Normen setzen. Ist schon bei uns diese Sicht der Dinge höchst fragwürdig, so sind in Washington Zehntausende von Lobbyisten in die Praxis der Gesetzgebung eingebunden, wodurch die Machtverhältnisse im Inneren und die Machtansprüche nach außen wider- gespiegelt werden. Man muss das wissen, um die eigenen Interessen entsprechend verteidigen zu können.

3.2 Europa muss eigene Interessen verteidigen

Wie schwierig es ist, gegen die geballte Macht der USA anzutreten, zeigt das oben erwähnte Iran- Abkommen, das im Juli 2015 in Wien abgeschlossen wurde. Damals haben die USA, China, Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland mit dem Iran international verbindlich vereinbart, die Sanktionen gegen das Land aufzuheben, wenn Teheran seine Atomrüstung eindämmt. Das Mullah- Regime hat sich an das Abkommen gehalten; die USA jedoch sind einseitig ausgestiegen.

Der Iran hat daraufhin den Internationalen Gerichtshof in Den Haag angerufen, die USA wurden verurteilt. Doch die Amerikaner erklärten, an das Urteil nicht gebunden zu sein. Die Europäer beteuerten, am Abkommen festhalten zu wollen und sprach sogar davon, europäische Unternehmen zu zwingen, im Iran zu bleiben. Ein Tauschsystem, wie es in der vorindustriellen Zeit üblich war, sollte den Gebrauch des Dollars ersetzen. Doch als Washington verkündete, jene Konzerne bestrafen zu wollen, die weiter mit dem Iran Handel treiben, zogen sich die europäischen Konzerne in Scharen vom Iran- Geschäft zurück; ja mussten sich zurückziehen, wollten sie nicht ihr Amerika- Geschäft verlieren. „Wer auch immer Geschäfte mit dem Iran macht, wird keine Geschäfte mehr mit den USA tätigen“, war eine zu deutliche Warnung des US- Außenministers Mike Pompeo. Und auch hier zeigte sich, dass die Sanktionen gegen den Iran, so wie jene gegen Russland, praktisch auch Sanktionen gegen die Europäer sind.

Dabei wurde noch etwas sehr deutlich: die europäische Solidarität, die notwendig wäre, um gegenüber den Vereinigten Staaten geschlossen aufzutreten, gibt es nicht: Deutschland, das gegenüber den USA einen Handelsbilanz- Überschuss von € 50 Milliarden hat, fürchtet Sanktionen gegen die eigene Autoindustrie, wie sie Donald Trump schon mehrfach angekündigt hat. Der französische Präsident, der immer

wieder davon gesprochen hat, die „Souveränität und Eigenständigkeit Europas“ zu verteidigen, schreckt vor einem Wirtschaftskrieg zurück; und die früheren kommunistischen Länder, von Albanien bis zum Baltikum, gebärdeten sich ohnehin immer wieder als Vasallen der USA. Und langfristige Lösungen, wie die Ablöse des Dollar durch den Euro sind Zukunftsmusik, solange etwa 80 % der europäischen Energieimporte in Dollar abgewickelt werden, obwohl nur 2 % aus den USA kommen.

Eine Möglichkeit, europäisches Selbstbewusstsein zu zeigen, besteht in konkreten Fällen, wie etwa bei politisch motivierten Auslieferungsbegehren der USA. Ein solcher Fall liegt beim Auslieferungsbegehren von Dmitry Firtash vor. Hier kann, ja muss man Rückgrat

zeigen; insbesondere dann, wenn man die Gesamtsituation richtig einschätzt. Es geht nämlich der amerikanischen Justiz, unterstützt vom Machtapparat des ganzen Landes, nicht um Recht, sondern um Macht.

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; Botschafter a.D.; Autor im Bereich Internationale Beziehungen;
www.wendelinettmayer.at